

Der Lübecker Volksbote erscheint am Nachmittage jeden Werktages. Abonnementspreis mit Luftk. Beilage „Welt u. Zeit“ frei Haus pro Woche — Montag bis Sonnabend — 45 Reichspf. Einzelverkaufspr. 10 Reichspf.

Redaktion: Johannisstraße 46
Fernruf: 905, 926, 8191



Einzelgenpreis für die achtspaltige Beilage oder deren Raum 25 Reichspfennige, auswärtige 30 Reichspfennige. Verammlungs-, Arbeits- und Wohnungsanzeigen 20 Reichspfennige. Reklamen 90 Reichspf.

Geschäftsstelle: Johannisstraße 46
Fernruf: 905, 926, 8191

Lübecker

Volksbote

Tageszeitung für das arbeitende Volk

Nummer 237

Montag, 11. Oktober 1926

23. Jahrgang

Magdeburg vor dem Landtag

Das Verfahren gegen Kölling und Hoffmann

Im Preussischen Landtag kam es gestern auf Grund sozialdemokratischer und kommunistischer Interpellationen zu einer Auseinandersetzung über das Verhalten der Magdeburger Justizbehörden in der Mordjache Helling, durch das die Gefahr eines Justizmordes heraufbeschworen wurde.

Für das Justizministerium sprach Staatssekretär Frihe, da der Justizminister Am Jahnhoff wieder erkrankt ist. Weber die Maßnahmen des Ministeriums gab er folgenden Bericht:

Gegen den Landgerichtsrat Kölling und den Landgerichtsdirektor Hoffmann in Magdeburg ist durch den dafür zuständigen Disziplinarssenat des Oberlandesgerichts in Raumburg das förmliche Disziplinarverfahren eröffnet worden, und zwar gegen Kölling am 7. und 14. August, gegen Hoffmann am 14. und 26. August und am 19. September.

Kölling ist beschuldigt, in der Presse Erörterungen veröffentlicht zu haben, in denen er gegen andere Staatsbehörden und ihnen angehörende Beamte Vorwürfe erhoben hat, deren Richtigkeit er nicht in der Lage sei, dadurch zugleich den Streit der an der Mordjache Helling beteiligten Behörden weiterhin an die Öffentlichkeit gebracht, die Mitteilung eines an den Polizeipräsidenten in Magdeburg gerichteten Briefes an die Presse veranlaßt zu haben, bevor der Brief dem Empfänger, dem Polizeipräsidenten in Magdeburg, zugegangen war, seinen Namen unter diesen in Wahrheit von anderer Seite verfaßten Brief gesetzt, sich auch sonst bei seinen Maßnahmen nicht lediglich von seiner richterlichen Überzeugung leiten gelassen, sondern anderen, an dem Verfahren nicht beteiligten Personen Einfluß auf seine Entschlüsse gewährt zu haben, ferner die Pflicht zur Amtsverschwiegenheit verletzt und den Behördenstreitwechsel betr. die Gegenüberstellung der Hildegard Göke mit Schröder nicht zutreffend wiedergegeben zu haben.

Die gegen den Landgerichtsdirektor Hoffmann erhobenen Beschuldigungen gehen dahin, er habe den Landgerichtsrat Kölling zu den von diesem begangenen Amtsvergehren durch Mißbrauch des Ansehens oder durch andere Mittel vorläufig bestimmt, auch habe er den genannten Untersuchungsrichter in der Mordjache Helling beraten und maßgebend beeinflusst, obwohl er mit der Mordjache Helling dadurch dienstlich befaßt gewesen sei, daß er einmal bis zum 15. Juli und vom 18. bis 31. Juli Vorsitzender der Strafkammer gewesen sei, die über Beschwerden gegen Entscheidungen des Untersuchungsrichters zu befinden hatte, in dieser Eigenschaft auch an einem die Haftbeschwerde des Angeklagten Haas verwerfenden Beschlusse mitgewirkt habe, ferner als Vertreter des dienstlich abwesenden Landgerichtspräsidenten am 17. Juli an einer Verhandlung mit leitenden Kriminalbeamten teilgenommen und am 30. Juli mit dem Untersuchungsrichter eine amtliche Unterredung über das an diesem Tage zur Ausführung gelangende Vorgehen des Untersuchungsrichters gegen die Polizei gehabt habe.

Ferner wird Hoffmann beschuldigt, daß er in zwei Veröffentlichungen „Recht in Not“ in Nr. 187 und 194 der „Magdeburger Tageszeitung“ vom 12. und 20. August 1926 Vorwürfe gegen staatliche Behörden und ihnen angehörende Beamte erhoben habe, die zu erweisen er nicht in der Lage sei; weiterhin, daß er durch diese Veröffentlichungen den Streit der Behörden in der Mordjache Helling erneut in die Öffentlichkeit gebracht, auch seine Pflicht zur Amtsverschwiegenheit verletzt habe.

Endlich wird ihm zur Last gelegt, am 30. Juli der ausdrücklichen Anordnung des Oberlandesgerichtspräsidenten, daß der Landgerichtspräsident die Fortsetzung des Pressekampfes in bezug auf die Voruntersuchung in der Mordjache Helling entgegenwirken solle, als Vertreter und unter Mißbrauch einer kurzen Abwesenheit des Landgerichtspräsidenten bewußt zuwidergehandelt, ferner am 1. August an dem Verfahren unbeteiligte Dritte, nämlich den Präsidenten und den stellvertretenden Präsidenten der Industrie- und Handelskammer in Magdeburg unter Verletzung des Dienstgeheimnisses gegen den angeblichen Versuch der Justizverwaltung, einen ungeschehlichen Druck auf die Unabhängigkeit des Untersuchungsrichters auszuüben, zu Hilfe gerufen und sie veranlaßt zu haben, den Landgerichtsrat Kölling aufzulockern und zu stützen und damit auf dessen Entschlüsse einzuwirken.

Sodann erhielt zur Begründung der Interpellation der

Abg. Kuttner (Soz.)

das Wort.

Dieser Justizskandal war kein Zufall, und es war kein Zufall, daß er sich gerade in Magdeburg ereignete, im Milieu von Bowersdorff und des Ebert-Arteiles, in der Stadt, in der noch heute die größten und widerlichsten Beschimpfungen der Reichsflagge mit 100 RM. Geldstrafe gesühnt werden. Der Fall Haas ist nicht allein das Werk des unglückseligen und verurteilten Untersuchungsrichters Kölling, sondern

Gesamtarbeit des Magdeburger Richterkollegiums.
(Sehr wahr! h. d. Soz.)

Die Hauptverhandlung im Prozeß Schröder hat volle Klarheit darüber gebracht, daß Schröder der allein schuldige Mörder des Helling ist und daß die ursprünglich Mitangeklagten Haas, Fischer und Kenter völlig unschuldig sind. Die Hauptverhandlung hat keine Klarheit darüber gebracht, wie es möglich war, daß das Lügendergebäude gegen drei unschuldige Menschen errichtet werden und sie bis dicht ans Schaffot heranzubringen konnte. Für mich steht nach sorgfältigster Prüfung des gesamten Materials fest, daß alles von einer Gesellschaft ausging, die Haas damals die „G. m. b. H.“ der entlassenen Angestellten

genannt hat. Ihr Haupt war ein gewisser Direktor Johannsen. Er war abgebaut, hatte die 20 000 RM., die er als Entlassungsgeld erhielt, verpekuliert. Als sein Versuch, neues Geld zu bekommen, fehlschlug, suchte er auf andere Weise aus der Firma Haas Geld herauszuschlagen. Zu diesem Zwecke legte er sich mit anderen entlassenen Angestellten in Verbindung, auch mit dem Landtagsabgeordneten Artl von der Deutschen Volkspartei, der ebenfalls im Dienst der Firma gestanden hatte. Die Firma Haas wurde wegen angeblicher Steuerhinterziehung angezeigt. Es wurde darauf spekuliert, daß, wenn man eine Steuerhinterziehung von drei Millionen nachweise, man 10 v. H. Belohnung erhalte. Die Angestellten G. m. b. H. arbeitete zusammen mit dem Steuerinspektor Liebing. Dem Abg. Artl hatte Johannsen die Rolle zugebacht, daß er als Abgeordneter bei den Ministerien und im Landtag den nötigen Dampf dahinterlegen sollte, damit das Steuerhinterziehungsverfahren nicht eingestellt werde. Ob er diese Rolle tatsächlich gespielt hat, weiß ich nicht.

Von diesen entlassenen Angestellten ging dann auch die Behauptung aus, an dem Verschwinden des Buchhalters Helling habe nur die Firma Haas ein Interesse gehabt. Es wurde von dieser Seite auch auf Beziehungen zum tschechoslowakischen Konsulat hingedeutet. Ehe Schröder des Konsulats Erwähnung tat, stand das schon alles in den Akten.

Schröder muß die Akten gekannt haben!

(Zuruf links zum deutschen Abg. Meyer: „Herr Meyer, wie wird Ihnen?“)

Die Bausteine lagen in den Akten schon bereit; Schröder brauchte sie nur zu nehmen, um sein Lügendergebäude zu errichten. Gegen Schröder geschah zunächst gar nichts. Wenn man die Akten einsehe, würde man finden, daß nach der Ergreifung des Schröder

zwei Monate keine Eintragung

erfolgte.

Nur der Schröder suggerierte „Adolf“ hat sich gewandelt. Aus groß wurde er klein, aus schlant wurde unterleht, aus blond schwarz, aus schnurbärtig hartlos, aus Adolf wurde Rudolf. Schröder wurde in diesen Monaten niemals vernommen, ohne daß darüber eine Eintragung in den Akten steht.

Schröder selbst schiderte bei einer Vernehmung, wie Beznie sich in seiner Nähe über Haas unterhielten und ihn so beschreiben, daß Schröder ihn nennen konnte. Auch Fischer hat seinem Vater gegenüber erklärt:

Man will nicht die Wahrheit von mir. Ich soll den Haas belassen, obwohl ich ihn gar nicht kenne! (Rufe links: Unerhört!)

Als man aus Schröder den Namen Haas herausgepreßt hatte, wurde überhaupt nur gegen Haas vorgegangen. Alles andere ruhte.

Köllings Aktenführung grenzte haarscharf an Aktenfälschung.

Für Kölling war alles, was Schröder sagte, wie ein Wort aus der Bibel. Dabei hagelte es in den Aussagen Schröders von Widersprüchen. Zum Beispiel hat Schröder seine Aussagen über den Ort der Tat immer dann geändert, wenn eine Angabe widerlegt war. Schließlich hat er erklärt, der Mord sei im Biederthor Busch passiert, und es habe an diesem Tage geregnet. Tenholt hat sofort erklärt, er erinnere sich, daß es an diesem Tage geregnet habe. Der Berliner Kommissar Braschwitz stellte durch Ver-

Schwere Anklagen gegen Hindenburg

Er soll mit Seckt unter einer Decke gesteckt haben

Berlin, 11. Oktober (Radio)

Die gleiche Korrespondenz, die zuerst die Nachrichten von der Teilnahme des Hohenzollernprinzen an den Manövern der Reichswehr in Württemberg brachte, will jetzt wissen, daß General von Seckt zwar den Reichswehrminister Gehler über die Dienstleistung des Hohenzollernspröhlings nicht unterrichtet habe, dies sei aber unter voller Kenntnis und Billigung des Reichspräsidenten von Hindenburg erfolgt. General von Seckt habe sich durch die Billigung des Reichspräsidenten, der als Oberbefehlshaber des Reichsheeres nach Artikel 47 der Verfassung sein höchster Vorgesetzter ist, absolut gedeckt fühlen müssen. In dieser bestimmten und selbstverständlichen Erwartung sei Seckt aber aufs bitterste enttäuscht worden. Diese Nachricht bedarf unbedingt einer raschen Aufklärung, aber nicht lediglich in Form eines Dementis, wie es zunächst gegenüber der ersten Meldung über die Reichswehrtätigkeit des Hohenzollern erfolgt ist.

Wie der „Montag Morgen“ mitteilt, hat die Deutsche Liga für Menschenrechte bei der Oberstaatsanwaltschaft in Potsdam eine Strafanzeige gegen den Prinzen Wilhelm von Preußen erlassen, weil er vom 14. August bis 19. September unberechtigtweise die Uniform des Reichsheeres getragen und sich die Amtsgewalt eines Leutnants angemaßt habe. Gegen General von Seckt und den Kommandeur des Potsdamer Reichswehrregiments will die Liga gleichzeitig Straferfolgung wegen Beihilfe beantragen.

fragung der Wettermarie fest, daß tatsächlich an dem fraglichen Tage der schönste Sonnenschein herrschte. (Heiterkeit links.)

Köllings Verhalten, wenn es zunächst aus gutem Glauben entstand, ist später

nicht mehr als gutgläubig

zu bezeichnen. Er hat nur noch dafür gekämpft, daß er unter allen Umständen recht behalten müsse. Es macht geradezu den Eindruck, als ob Kölling durch Benutzung seiner Machtbefugnis verhindern wollte, daß das Geständnis des Schröder protokolliert würde. (Sehr wahr! links.)

Der Vorwurf gegen Höring, er hätte einen „Eingriff in die Rechtspflege“ unternommen, ist vollkommen unsinnig.

Höring hat seine Stellung und sein Ansehen riskiert, um einen Unschuldigen zu retten.

Kölling hätte konsequent den unschuldigen Haas zum Schaffot geführt.

Schließlich hat der Gedanke des Rechts doch gefiegt. In der Befriedigung darüber können wir keineswegs alles vergessen und vergeben, was vorher war, weder die leichten Kapriolen unwürdiger Richter noch die schamlose Heke gegen Höring und die ganze Sozialdemokratie. Eine Heke, die wir uns zugezogen haben aus keinem anderen Grunde, als weil wir die Mahnung des Schiller-Wortes gehört haben: „Hilf, wo die Unschuld weint!“ (Stürmischer Beifall und Händeklatschen.)

Abg. Grube (Komm.) polemisiert fast ausschließlich gegen die Sozialdemokratie, die sich für keinen angeklagten Reichsbannermann oder Roten Frontkämpfer so eingesetzt habe wie für Haas. Wir sehnen es ab, für den Millionär Haas einzutreten, der nur ein Großhändler ist. Seine Rede geht dann über in eine Schimpferei auf Höring und Severing, die angeblich ebenso wie Kölling und Tenholt die Arbeiter niederknüppeln.

Abg. Seelmann (D.) empfiehlt, bis zur Beendigung der Disziplinarverfahren angelegte Reserve. Eine Stellungnahme des Landtages würde ein Mißbrauch des Parlaments bedeuten. Im übrigen habe sich die ganze Angelegenheit nur dadurch so entwickelt können, daß die Magdeburger Justizbehörden erst durch ein anderes Verfahren auf die Mordangelegenheit Helling gekommen sei. Nur der Eingriff des Oberpräsidenten Höring habe die Unruhe im Volke hervorgerufen. Nach völliger Aufklärung des Falles habe Höring den Artikel „Justizskandal“ verfaßt, in dem Ausdrücke wie „Justizschweineerei“ und „Reinheitsfabrik“ vorkämen, und der schließlich: Das Recht ist verloren durch die Reaktion der deutschen Justiz. (Lebhafter Zustimmung links.) Was sei mit Höring geschehen? Der Preussische Richterverein habe sich durchaus korrekt benommen, keine Gemerkschaft greife ein, wenn ihre Mitglieder in der Arbeit etwas falsch machten.

Staatssekretär Frihe: Durch schriftlichen Entschluß des Ministerpräsidenten und des Ministers des Innern ist das Vorgehen des Oberpräsidenten Höring in dem Artikel „Justizskandal“ nachdrücklich gemißbilligt worden.

Abg. Schmidt-Nielsenberg (Zentr.): Als Berufsrichter gehe ich an den Magdeburger Fall mit innerem Widerstreben und peinlichem Gefühl heran. Der Verdacht seitlicher Voreingenommenheit und Verantwortunglosigkeit scheint mir reichend begründet. Höring muß man danken, daß er einen nahe bevorstehenden Justizmord verhindert hat. Die Unabhängigkeit der Richter ist nicht um ihrer selbst willen da, sondern um der Gerechtigkeit und des Volkes willen. (Beifall links.)

Personlich erklärt Abg. Artl-Kreuzburg (Dsp.), daß er mit der Strafanzeige gegen die Firma Haas nicht das geringste zu tun hätte.

Hierauf verlagte sich das Haus auf Montag 1 Uhr: Fortsetzung der Magdeburger Justizdebatte, Hohenzollernvergleich.

Seckts Nachfolger General Heze

Der Reichspräsident hat den Generalleutnant Wilhelm Heze, bisher Kommandeur der 1. Division in Königsberg, am Sonnabend als Nachfolger des Generaloberst von Seckt zum militärischen Berater des Reichswehrministers ernannt. Dieser Ernennung ging eine Besprechung Dr. Gehler mit General Heze voraus, in der sich über dessen Stellung als militärischer Berater völlige Einmütigkeit ergab. Die Disziplinargewalt über die gesamte Reichswehr unterliegt ausschließlich dem Reichswehrminister.

Der militärische Berater des Reichswehrministers wird als „befähigter Offizier“ bezeichnet. Er wurde am 31. Jan. 1869 in Jüda geboren und trat im Jahre 1885 in die preussische Armee ein. Im Kriege ist Heze insbesondere bei dem Weichselübergang bekannt geworden. Als 1918 nicht mehr die geringste Aussicht auf eine zufriedenstellende Beendigung des Krieges bestand, erklärte er im Auftrage des Generalquartiermeisters Gröner dem Kaiser, daß eine Garantie für eine geordnete Rückführung der Truppen in die Heimat nur übernommen werden könne, wenn der Kaiser abdankte. Die Rechte hat dem damaligen Oberst Heze diesen Schritt sehr verübelt.

Deutsch-englische Wirtschaftsbesprechungen

London, 9. Oktober (Eig. Draht.)

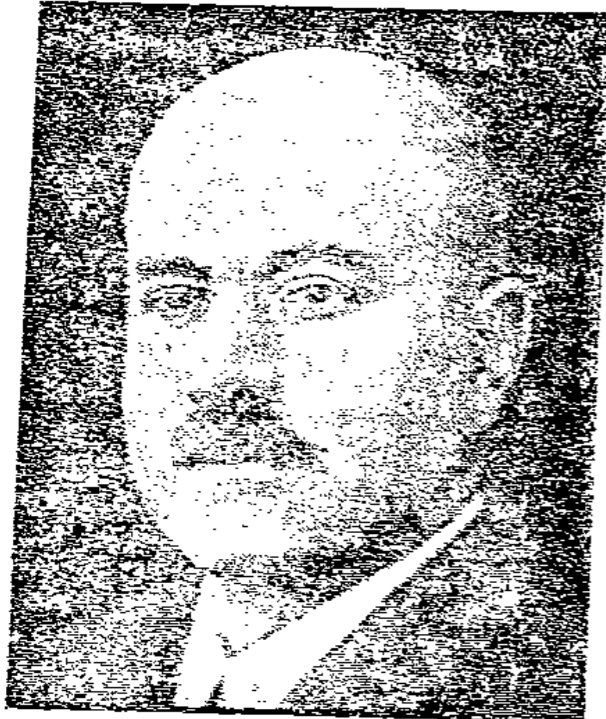
Die Konferenz der anglo-deutschen Wirtschaftsführer wurde am Sonnabend vormittag 10.30 Uhr auf dem Landtisch des Ministers Myles unter dem Vorsitz Sir Robert Horn eröffnet. Die erste Besprechung galt den internationalen Handelsverhältnissen. Der Korrespondent des „Star“ warnt davor, als Ergebnis der Konferenz irgendwelche konkreten anglo-deutschen Abkommen hinsichtlich Kohle, Stahl oder Farbstoffe zu erwarten. Weber die englischen noch deutschen Teilnehmer wären zu wirtschaftlichen Verhandlungen ermächtigt.

Neue Männer in Preußen

Dr. Abegg zum Staatssekretär, Gen. Förgiebel zum Polizeipräsidenten von Berlin ernannt

Der amtliche Preussische Pressedienst teilt mit: Das preussische Staatsministerium hat in seiner Sitzung vom 9. d. M., vormittags, den Staatssekretär des Ministeriums des Innern, Dr. Meißner, auf seinen Wunsch in den einstweiligen Ruhestand versetzt. An seiner Stelle ist zum Staatssekretär der bisherige Ministerialdirektor und Leiter der Polizeibehörde Dr. Abegg ernannt worden. Zum Leiter der Polizeibehörde des Ministeriums des Innern wurde der Ministerialdirektor Dr. Klausner vom preussischen Wohlfahrtsministerium ernannt. Gleichzeitig hat das Staatsministerium an die Stelle des Polizeipräsidenten von Berlin, die durch die Ernennung des bisherigen Präsidenten Erzgrünt zum Minister des Innern vacant geworden ist, den bisherigen Kölner Polizeipräsidenten Förgiebel berufen. An die Stelle des bisherigen Ministerialrats im Westreferat des Ministeriums des Innern Bauknecht.

Die Ernennung Abeggs zum Staatssekretär ist überaus bedeutend. Abegg gilt schon seit langem als eines der besten Pferde im Stalle Beverings — seine republikanische Zuverlässigkeit und Energie wird allseits gelobt. Das beste Zeugnis für ihn ist die Mut, die die Nachricht von seiner bevorstehenden Ernennung bei der Rechten ausgelöst hat. Auch die Volkspartei ist bis verschämpt. Mag sie! Preußen kann auch ohne Volkspartei regiert werden. Genosse Förgiebel, der bisherige Kölner Polizeipräsident, stammt aus dem Arbeiterstand, er war ursprünglich von Beruf Böttcher, als Führer seines Verbandes schaffte er sich einen Namen.



Der neue Polizeigewaltige der Reichshauptstadt

Eine vernünftiger Vorschlag der Deutschen Friedensgesellschaft

Kriegsgehege sollen bestraft werden

Mannheim, 11. Oktober (Radio)

Die Generalversammlung der deutschen Friedensgesellschaft wurde in Mannheim am Sonntag und Montag unter Vorsitz von Professor Luidde abgehalten. Am ersten Tage referierte der Generalsekretär Seger über die Stellung zur Reichswehr und sprach sich gegen die von gewissen Kreisen beabsichtigte militärische Aufrüstung Deutschlands auch aus innerpolitischen Sicherheitsgründen aus. Ueber „Landeserrat im deutschen Strafrecht“ sprach am zweiten Tage Professor Kautzsch-Heuberg. Er erklärte, daß die Justiz immer mehr eine Leiche geworden sei, um in der Form der Rechtspflege politische Ziele zu erreichen. Die einzige Wöhle dagegen sei die Abschaffung der politischen Justiz und der ungesetzlichen Zustände. Es wurden zwei Entschließungen angenommen, wonach sich eine mit dem Falle Seufft befaßt, und eine zweite, worin verlangt wird, daß der Landeserrat nicht angewandt wird bei Befolgung geltendgemachter Tatsachen an deutsche Behörden. Dagegen sei die Kriegsgehege als neuer Tatbestand unter Strafe zu stellen. Zum Vorsitzenden der Friedensgesellschaft wurde erneut Professor Luidde gewählt.

Der Abbruch der Himmelsbach-Affäre

Die Holzfirma gerechtfertigt

Im Prolog hat die Affäre Himmelsbach-Hertz nach dem Berliner Sondergericht ihr Ende gefunden. Die Angelegenheit geht auf die von der bekannten Holzfirma Himmelsbach-Hertz in Gemeinschaft mit anderen Firmen verfaßte der Mannöverträge nach Aufhebung des russischen Widerstandes im Rheinland vorgenommenen Holzkaufe (Coups lapidaires-Verträge) zurück. Verkauft war die Rheinland-Schmitten, die die Firmen förmlich zum Kauf zwang. Die Angelegenheit wurde von dem Richter Hertzberg im „Himmelsbach“ gegen die Firma Himmelsbach dargestellt. Die deutsche Reichsregierung nahm die Darstellung an und machte die Angelegenheit zu einer der üblichen Sachen gegen die Republik, durch die man zu einem der ehemaligen Reichskämmerer Dr. Wirth treiben wollte. Die Firma selbst hat unter dem sogenannten „Lafayette-Export“ (Auslieferung von Staats-Herrenwagen) ihr Geschäft.

Nach dem am Freitag gegen Formschuß gefällten Urteil wird der Firma Himmelsbach der Schadenersatz dem Grunde nach zugesprochen. Außerdem ist Hertzberg verurteilt, zu erklären, daß die Firma Himmelsbach bei Abschluß und Ausführung der Verträge über die Coups lapidaires-Verträge nicht absichtlich und aus Freigebigkeit gehandelt, daß sie heimlich ohne irgendwelchen Zwang und unter Verletzung deutscher Interessen mit dem Landesrat verhandelt habe, daß sie den deutschen Reich aus Eigenem vertrieben, daß Himmelsbach Hertzberg und dem Richter der Beschuldigung der Bestechung verheimlicht habe.

Gangenerfreit politischer Gefangener

Konstanz, 11. Oktober (Radio)

Seit Sonntag hat Konstanz für die politischen Gefangenen des Reichs eine humanere Lage im Lager erreicht. Die letzten Abschiede einiger Häftlinge hat die Verwaltung des preussischen Justizministeriums über die Befreiung politischer Gefangener. Ihre Forderungen sind dem preussischen Justizministerium gesendet worden.

Wenn Worte Taten wären . . .

Die preussischen Richter legen ein feierliches Bekenntnis zur Republik ab

Kassel, 11. Oktober (Radio)

Am Sonntag morgen trat in Kassel die Hauptversammlung des 5. preussischen Richtertages zusammen. Während die Verhandlungen am Sonnabend vertraulich waren und auch die Montagberatung, die sich um die brennenden Fragen der deutschen Justiz drehen wird, hinter verschlossenen Türen stattfinden soll, war für die Hauptversammlung die Presse zugelassen. Ueber die Verhandlungen am Sonnabend erfahren wir, daß mit einer großen Mehrheit eine Entschließung angenommen wurde, in der der Ausschluß des Senatspräsidenten Großmann aus dem preussischen Richterverein als eine vorläufige Maßnahme des Vorstandes bezeichnet und verlangt wurde, eine Basis zu schaffen, auf der mit dem Ausschluß verhandelt werden sollte. Die Entschließung, die der preussische Justizminister anlässlich des Anfang Juli erfolgten Ausschusses eingebracht hatte, scheint also auch im preussischen Richterverein soweit durchgedrungen zu sein, daß der Schritt rückgängig gemacht wird. Die Hauptversammlung eröffnete der Vorsitzende, Amtsgerichtsrat Bracht, der über die Ziele des Richtervereins sprach. „Diese Ziele“, führte der Redner aus, „gehen zusammen mit den Interessen des Volkes. Es dienen der Förderung der Rechtspflege und des Rechtsbewußtseins und festigen somit die Republik. Nicht minder wichtig erscheinen aber auch die materiellen Ziele, denn das Los der Richter in der Republik ist nicht rosig. Unzulängliche Besoldung, geringe Aufstiegsmöglichkeiten und Herabsetzung der Altersgrenze der Pensionierung sind drei Dinge, die gegen früher eine Verschlechterung des Richterstandes bedeuten. Der fünfte Richtertag ist der erste nach dem Kriege. Vieles hat sich verändert. Aus dem alten Obrigkeitsstaat ist ein Volksstaat geworden. Für die Richter und Staatsanwälte ist die Treue gegen die Verfassung Selbstverständlichkeit.“

Sodann begrüßte der Vorsitzende die Gäste, darunter den Ministerialrat im preussischen Justizministerium Schuster, der in längeren Ausführungen auf die Begrüßungsworte entgegnete. Ministerialrat Schuster betonte, daß es schwere Zeiten für die Richter seien, denn seit längerer Zeit ständen Richter und Staatsanwälte unter der härtesten Kritik der Öffentlichkeit. Die Vertrauenskrise, in der die deutsche Justiz sich heute befinde, hätte bereits zu Forderungen geführt, die Unabhängigkeit und

Unabhängigkeit der Richter aufzuheben. „Schwer ins Gewicht fällt dabei“, so führte der Redner seine Ausführungen fort, „daß die Kritik an der Justiz aus durchaus ernst zu nehmenden Kreisen kommt, die der Ansicht sind, wir hätten eine politische Justiz gegen die Republik. Wir sind überzeugt, daß diese Vorwürfe unbegründet sind, aber sie müssen als ernst zu nehmendes Zeichen betrachtet werden. Es genügt nicht, die Kritik, wie es einseitig geschah, einfach zu ignorieren. Der neue Staat hat, das mag mit aller Deutlichkeit betont werden, allen Richtern in sonder Weise freigestellt, in seinem Dienst zu treten, oder falls das gegen das Gewissen des Einzelnen sein sollte, Möglichkeiten zum Abschied aus dem Amte geboten. Wer aber den Eid auf die heutige Verfassung geleistet hat, der muß seine Arbeit ernst nehmen. Als Devise muß gelten, was auf einer Sitzung des Vorstandes des preussischen Richtervereins im Jahre 1920 in Berlin zum Ausdruck gebracht wurde, nämlich, daß als Grundlage des Staatens Lebens die Verfassung anzusehen sei, zu der wir in unerschütterlicher Treue stehen wollen.“ Diesen beifällig aufgenommenen Worten folgte der Jahresbericht, bei dem der Vorsitzende betonte, daß objektive Kritik an der Justiz willkommen sei. Es ist zugegeben, daß richterliche Entgleisungen vorgekommen seien. Unparteilichkeit der Richter sei der beste Schutz der Unabhängigkeit. Der preussische Richterverein sei politisch neutral und erkläre in der Republik den gegebenen Staat, in der Verfassung das Grundgesetz sei, in das die Richter sich hineinleben wollen. Von besonderer Bedeutung für die Hauptversammlung aber sind folgende Entschlüsse. Die erste, die sich mit der Einstellung der Richter zur Republik und Verfassung beschäftigt, hat folgenden Wortlaut:

„Die im preussischen Richterverein vereinigten Richter und Staatsanwälte erblicken in der Weimarer Verfassung die Grundlage des Rechts und die Gewähr für den Bestand des Vaterlandes und bekunden ihre unerschütterliche Verfassungstreue. Die Richter sind Diener des in Gesetz niedergelegten Willens des deutschen Volkes, nicht Diener irgend einer Partei. Sie erachten es daher als ihre Pflicht, die Verfassung der Republik als das oberste Gesetz des deutschen Volkstaates zu wahren.“

In einer anderen Entschließung wurde dringend der Ausbau der Fortbildungsmöglichkeiten der Richter gefordert. Eine dritte Resolution befaßt sich mit Vorschlägen, die im Fall der breiten Öffentlichkeit beschäftigte, nämlich Steuerhinterziehung hoher richterlicher Beamten.

Ist der Linkskartell endgültig tot?

Die Partei Herriots vor der Entscheidung

Am 11. Oktober tritt die radikalsozialistische Partei in Bordeaux zu ihrem diesjährigen Jahreskongress zusammen. Die Wahl fiel vor Monaten auf Bordeaux, weil man über den Rahmen des Kongresses hinaus eine große Demonstration für das Linkskartell veranstalten wollte. Die konservativ-nationalistischen Schichten hatten seit Jahrzehnten die Leitung der Gemeindeführung in Bordeaux in der Hand und erst bei den letzten Wahlen im Frühjahr 1925 fiel der sozialistischen Partei die Mehrheit der Stimm zur. Der junge, sehr begabte Abgeordnete Andre Marquet wurde damals zum Bürgermeister gewählt. Er gehörte innerhalb der sozialistischen Partei zu den entschiedensten Vertretern des Kartells und war ebenso Anhänger einer Beteiligung der Sozialisten an der Regierung. Aber auch er wird unter den gegenwärtigen Umständen nicht daran denken können, den Mann, der den radikalsozialistischen Kongress eröffnen wird und der so lange als Verleugering des Kartellgedankens galt, nämlich Herriot, im Namen dieses einflussreichen parisierten Kartells zu begrüßen, da er in ihm gleichzeitig einen Minister des Kabinetts Poincare begrüßen müßte.

So wenig man in der Eintritt des ersten Vorsitzenden der radikalsozialistischen Partei Herriot in das Kabinett Poincare etwa den Ausbruch von Streiterei zu sehen braucht und so sehr man der Beherrschung des ersten Bürgermeisters von Lyon Glauben schenken darf, daß er noch bestem Willen und Gewissen überzeugt war, richtig zu handeln, so bleibt doch nichts anderes übrig als eine maßlose Verwirrung festzustellen, die Herriot durch seinen Einbruch innerhalb seiner eigenen Partei anzichtete, und den verhängnisvollen Schlag, den er nicht nur dem Rest der Kartells, sondern dem Kartellgedanken als solchem überhaupt verleiht. Hatte er doch erst kurze Zeit vor seinem Eintritt in die Regierung in aller Öffentlichkeit die Möglichkeit eines Ministeriums der „heiligen Einheit“ proklamiert, und zwar, als es dem Franzen schon sehr schlecht erging, so daß gerade bei den breiten Massen nicht das geringste Verständnis für seine überraschende Schwelung vorhanden ist.

Im Zusammenhang mit diesen Dingen, die im Mittelpunkt der Verhandlungen des Kongresses von Bordeaux stehen dürften, kann die gesamte innere und äußere Politik der radikalsozialistischen Partei einer Prüfung unterzogen werden. Kommt es zu einer klaren, offenen Ansprache, so dürfte sich wahrscheinlich herausstellen, daß innerhalb der größten französischen Partei tiefegehende Meinungsverschiedenheiten

vorhanden sind. Die radikalsozialistischen Bezirkskongresse haben bereits gezeigt, daß es zwei Hauptströmungen gibt, von denen die eine der Verständigung mit den Parteien des Nationalen Bloks nicht abgeneigt ist. Die Vertreter dieser Richtung führen ihre Begründung hauptsächlich auf die Weigerung der sozialistischen Partei, an einer Linkregierung teilzunehmen. Die andere Richtung, die sich im allgemeinen als sich wäch erweisen hat, vertritt dagegen nach wie vor den Gedanken einer Wiederherstellung des Kartells mit den Sozialisten. Herriot selbst dürfte in seiner Verteidigungsrede die Hauptverantwortung für die innerpolitische Entwicklung Frankreichs ebenfalls der mehrfach erfolglosen Ablehnung der sozialistischen Partei, an einer Kartellregierung teilzunehmen, zugeschrieben. Hoffentlich bringt er aber auch den Mut auf, die

schweren Fehler seiner eigenen Partei aufzuzählen, an die erst kürzlich der Chefakteur des „Quotidien“ vor aller Öffentlichkeit erinnerte.

In der Tat: Hätte die 188 Mann starke radikalsozialistische Kammerfraktion die Beschlässe des letztjährigen radikalsozialistischen Kongresses von Nizza verwirklicht, und wären nicht etwa drei Dutzend Abgeordnete in dem entscheidenden Augenblick diesen Beschlässen untreu geworden, so hätte das Kartell trotz der sozialistischen Weigerung, in die Regierung einzutreten, noch nicht zu Ende sein brauchen. Damals unterlag Cailiaux in Nizza gegen Herriot in der Debatte über die Finanzfrage. Aber alles, was Herriot gegen ihn sagte, wird auf dem Kongress in Bordeaux gegen den Poincare-Minister, insbesondere gegen die Art und Weise, wie das Kabinett Poincare mit der Zustimmung Herriots die Franzenanierung versteht, angeführt werden.

Die Rechte hofft unter diesen Umständen, daß der Kongress von Bordeaux zum Grad nicht nur für das Kartell in der jetzigen Legislaturperiode wird, sondern für alle Zeiten das Linkskartell unmöglich macht. Diese Hoffnung ist angesichts der tatsächlichen und sachlichen Gegensätze, die zwischen der radikalsozialistischen Partei bestehen, und angesichts der erbitterten Stimmung zwischen den beiden ehemals parlamentarisch verbundenen Parteien nicht ganz unberechtigt. Immerhin hat keine der beiden Parteien weder im Land noch im Parlament eine Mehrheit. Das stärkste weder Herriot noch die beiden Anwärter auf die Präsidentschaft der radikalsozialistischen Partei Maurice Sarraut und Malvy verfehlen. Trotzdem wird es dem Kongress von Bordeaux nicht leicht fallen, Beschlässe zu fassen, die einmal die Existenz des Kabinetts Poincare nicht gefährden und letzten Endes den Weg zu einer späteren Wiederherstellung des Linkskartells nicht veriperrn.

Gemeindevahlen in Belgien

Brüssel, 11. Oktober.

In ganz Belgien fanden die Gemeindevahlen in völliger Ruhe statt. Es kam nirgends zu Zwischenfällen, aber überall herrschte reges Leben, da Wahlkampf für Männer und Frauen besteht. In einem besonderen Wahllokal Strassels sah man die Königin ihre Stimme abgeben. Die Stimmenzählung wurde am Sonntag abend in allen Lokalen beendet. Das Wahlergebnis steht noch nicht endgültig am Donnerstag fest, da Proporz und Sitzverteilung die Zählung sehr erschweren. Der Wahlsieg der Sozialisten war am Schluß sehr kräftig. Sie kämpften in etwa 2000 Gemeinden. Die Kommunisten dagegen nur in 60 Gemeinden.

Brüssel, 11. Oktober (Radio)

Die bis Kinnernacht bekannt gewordenen Wahlergebnisse weisen keine wesentliche Verschiebung der Kräfte auf. Die Sozialisten behaupten im allgemeinen ihre Stellung. In einigen Städten haben sie, wie vorausgesehen war, unbedeutende Verluste gegenüber der Kommunisten zu verzeichnen, namentlich in Paris und Gent. Im ganzen genommen sind die kommunistischen Untertreibungen durchaus erfolgreich. In dem großen Wahlgebiet des Hennegau erhalten die Kommunisten kein einziges Mandat, während die Sozialisten 20 neue gewinnen. Das gleiche gilt für das Wahlgebiet La Louviere, wo die Sozialisten in etwa 100 Gemeinden die Mehrheit erlangen werden. Ein harter sozialistischer Erfolg ist im Gebiet von Charleroi zu verzeichnen. In Namur, wo ebenfalls die Sozialisten die Mehrheit, dagegen Kommunisten in

Antwerpen 2 bis 3 Sitze zugunsten der Liberalen. Im allgemeinen haben die Liberalen, die bei den Wahlen im Jahre 1921 eine katastrophale Niederlage erlitten hatten, jetzt eine kleine Erholung zu verzeichnen, im wesentlichen allerdings auf Kosten der Katholiken. Soweit, wie jetzt zu übersehen ist, dürfte vom Ausfall der Gemeindevahlen keine große Bedeutung auf die politische Gesamtlage zu erwarten sein.

Hodges gegen Coof

Schwere Anlagen gegen den englischen Bergarbeiterverband London, 9. Okt. (Eig. Draht.)

Der Sekretär des Internationalen Bergarbeiterverbandes Hodges stellte Pressevertretern gegenüber am Sonnabend fest, daß infolge der Schuld der gegenwärtigen Führer des Bergarbeiterverbandes große Möglichkeiten über einen zufriedenstellenden Friedensschluß im Bergbau verpaßt worden wären. Der Entschluß der Zurückziehung der Sicherheitsarbeiter stelle den Gipfel des Wahnmüdes dar. Der Bergarbeiterverband sei im Zusammenbruch begriffen und es werde Jahre dauern, bis er wieder aufgebaut wäre. Es sei ein Glück, daß die Distrikts-Organisationen des Verbandes wenigstens noch intakt und verhandlungsfähig seien.

Berlin, 10. Okt. Der frühere Kriegsminister Generaloberst von Heeringen, Präsident des Rappahnen-Bundes, ist am Sonnabend nachmittag in Berlin an Herzschwäche im Alter von 76 Jahren verstorben.

Die Erfahrung aus den letzten Jahren

von
Theresa Schlesinger

Das russische Volkskommissariat für Gesundheitswesen veröffentlicht eine Schriftensammlung, die über die Erfahrungen berichtet über die Freigabe der Abtreibung in Sowjetrußland. Das erste, eben erschienene und von Dr. Genß verfaßte Heft behandelt den künstlichen Abortus auf dem Lande. Bekanntlich war die Aufhebung der Strafbestimmungen gegen die künstliche Unterbrechung der Schwangerschaft eine der ersten Gesetzhandlungen des Sowjetregimes. Man ging dabei von der Absicht aus, das Leben und die Gesundheit von vielen tausend Bürgerinnen zu retten, die bis dahin alljährlich ein Opfer des „unterirdischen“, das heißt des heimlich und darum pflichtgemäß durchgeführten Abortus geworden waren. Die Sowjetbehörden haben sich drei wichtigen Erkenntnissen nicht verschlossen: 1. Die künstliche Unterbrechung der Schwangerschaft, die in Stadt und Land massenhaft geübt wird, entspricht einem physischen und moralischen Notstand und ist darum durch Strafen nicht zu bannen. 2. Man muß diese Operation in solcher Weise vornehmen, durch die sie fast gefahrlos gemacht wird. 3. Der künstliche Abortus kann nur allmählich durch Aufklärung über die technischen Mittel zur Verhinderung der Empfängnis überflüssig gemacht werden.

Es galt also zunächst den heimlichen durch den legalen Abortus zu verdrängen. Dabei ließ man aber auf ungeheure Schwierigkeiten, die, wie der Verfasser zugibt, noch keineswegs überwunden sind. Die öffentlichen Krankenhäuser wurden verpflichtet, an jeder Schwangeren, die darum nachsuchte, die Operation vorzunehmen, aber weder in den Städten noch auf dem Lande reichten die vorhandenen Spitalbetten dazu aus, um wirklich alle Frauen aufzunehmen, die um den Abortus nachsuchten. Den Ärzten war es bei strenger Strafe verboten worden, einen Abortus anders als im Krankenhaus zu vollziehen, so daß alle Frauen, die im Krankenhaus nicht aufgenommen werden konnten, nach wie vor auf die Hilfe der Pfuscherinnen angewiesen blieben. Der Staat bestrafte sie zwar nicht mehr, aber er gewährte ihnen auch keine Hilfe.

Neue gesetzliche Maßnahmen wurden notwendig. Unter den Bewerberinnen um einen Abortus wurde eine Rangordnung geschaffen, nach welcher ihnen Aufnahme in die Spitäler gewährt oder verweigert wurde. Die Vermögenden, die Kleinrentnerinnen und die Kinderreichen, erhielten den Vorrang. Auf der anderen Seite wurde das absolute Verbot für Ärzte, außerhalb des Krankenhauses einen Abortus vorzunehmen, dahin gemildert, daß sie ihn nur in sanitär einwandfreier Umgebung durchführen dürfen. Ärzte, die sich an diese Bedingung nicht halten, und Pfuscher sollen streng bestraft werden. Solche Strafandrohungen werden aber wohl solange bloß auf dem Papier bleiben müssen, als das Bedürfnis nach dem Abortus nicht vermindert und die sanitär einwandfreie Umgebung für die Operation in den seltensten Fällen zu beschaffen ist.

Außer dem Mangel an Spitalbetten wirken noch andre Gründe mit, um der Legalisierung des Abortus entgegenzuarbeiten. Die große Masse der Bäuerinnen weiß noch gar nichts davon, daß die Unterbrechung der Schwangerschaft nicht mehr verfolgt wird, und läßt sie darum heimlich vollziehen. Die meisten Frauen haben aber auch aus andern Gründen als Furcht vor Strafe das dringende Verlangen, den Abortus geheimzuhalten, und bisher wird diesem Bedürfnis bei legaler Durchführung der Operation nicht genügend Rechnung getragen: ein Fehler, der sich allerdings mühe beheben lassen. Aber die armen Bauernfrauen scheuen auch die oft nicht unbeträchtlichen Kosten einer Fahrt nach dem nächsten Spitalort. Trotz aller Bemühungen der Sanitätsbehörden ist das Land noch sehr dünn mit Spitalern besetzt und diesen wieder fehlt es sehr oft an den nötigen Instrumenten. Natürlich wird die Abneigung der Bäuerinnen gegen eine weite Fahrt zum nächsten Krankenhaus noch dadurch vergrößert, daß sie nie im voraus wissen kann, ob sie aufgenommen werden wird.

Nicht bewährt haben sich die Frauenkommissionen, die ungefähr jenen Kommissionen entsprechen, wie sie auch bei uns angeregt wurden, und die in jedem einzelnen Falle über die Notwendigkeit eines Abortus zu entscheiden haben. Selbst in Rußland, wo ihr keine Strafe droht, wenn sie den von der Kommission abgelehnten Abortus dann doch wie immer vollziehen läßt, scheut die Frau, die entschlossen ist, die Leibesfrucht nicht auszutragen, davor zurück, die Geheimnisse ihres Familien- und

Liebeslebens ihrer Gruppe ihr unbekannter Männer und Frauen preiszugeben. Viel lieber vertraut sie sich einer Pfuscherin an, die ihr persönlich nahesteht und selbst Grund hat, das Geheimnis zu wahren. Hier herrscht eben ein gegenseitiges Vertrauensverhältnis. In den Krankenhäusern, in welche die verurteilten Fälle zu Tausenden eingeliefert werden, ist es fast niemals möglich, von der Kranken den Namen der Pfuscherin zu erfahren. Selbst Sterbende verweigern jede Auskunft.

So richtig die Festschließung der russischen Behörden in bezug auf die Legalisierung des Abortus und seine schließliche Nebenwirkung auch ist, so gilt es doch noch einen weiten und mühseligen Weg zurückzulegen, wenn das Ziel erreicht werden soll. Gleich der wirtschaftlichen Krise muß auch der Bureaucratismus erst überwunden werden, welcher letzterer nirgends weniger an seinem Platze ist als bei Angelegenheiten, die noch für lange Zeit, wenn nicht für immer, einer feinfühligeren Behandlung bedürfen werden. Aber auch die Volksaufklärung bedarf nicht nur in Rußland noch einer kräftigen Entwicklung, damit Schwierigkeiten überwunden werden können, die noch allerorts einer rationalen Bevölkerungspolitik entgegenstehen.

Dr. Genß sucht diese Schwierigkeiten für Rußland durchaus nicht zu verkennen, hebt aber hervor, daß dort niemand daran denkt, ihnen etwa durch Wiedereinführung der Strafparagrafen gegen die Abtreibung beizugehen zu wollen. Es gelte vielmehr, auf dem eingeschlagenen Wege fortzuschreiten und keine Anstrengung zu scheuen, um den Abortus durch dessen Legalisierung ungefährlich und durch Aufklärung überflüssig zu machen.

In Rußland läßt sich wohl noch weniger als in den meisten andern Ländern feststellen, wie groß die Gesamtzahl der alljährlich vorgenommenen Schwangerschaftsunterbrechungen sei. Allerdings verläuft eine sehr große Zahl der heimlichen Operationen ohne böse Folgen, und eine andre Zahl, die ebensowenig wie die erstere bekannt ist, führt zu Siedtum, wovon die Behörden nichts erfahren, und wohl auch oft zum Tode, ohne daß dessen Ursache amtlich festgestellt würde. Genß gibt die Zahl der im Laufe eines Jahres in Spitälern vorgenommenen Unterbrechungen der Schwangerschaft mit sechsigtausend und die der außerhalb der Krankenhäuser eingeleiteten und dann dort mit schweren Blutungen und andern Schädigungen eingelieferten Fälle mit hundertfünfzigtausend an. Diese Zahlen dürften sicherlich im Verhältnis zu den wirklich im ganzen Lande vorgenommenen Abortusfällen sehr geringfügig sein, und diese wieder sind, so hoch sie auch an sich sein mögen, gewiß unbedeutend im Vergleich mit dem überaus großen Geburtenüberschuß in Rußland.

In Ländern mit älterer und gleichmäßiger über das Gebiet verteilter Kultur sind die Geburtenzahlen im Verhältnis zur Bevölkerung weit geringer. Dort wird aber das Präventivsystem schon in den breitesten Volksschichten angewendet, so daß dieses als eine viel ernstere Gefahr für den Bevölkerungszuwachs angesehen werden müßte als der Abortus, falls man überhaupt an eine solche Gefahr glauben will.

Nachrichten der Internationalen Information aus Italien

Die Verfolgungen gegen die sozialistischen Arbeiter in Molinella Die Arbeiterpresse hat bereits die Nachricht veröffentlicht, daß die Landarbeiter von Molinella, die sich in den Augen der faschistischen Machthaber dadurch schuldig gemacht haben, daß sie ihren Führern, ihrer Partei und ihren Gewerkschaften treu geblieben sind, den Befehl erhielten, ihre Wohnungen zu verlassen. Dieser Befehl wurde zum Teil bereits ausgeführt. Vierzig Arbeiterfamilien wurden aus ihren Wohnungen vertrieben und von der Polizei in eine unbesetzte Kaserne geschafft.

Selbst in dieser fürchterlichen Lage blieben die heldenhaften sozialistischen Arbeiter von Molinella unerschrocken. Ihren Sängern riefen sie ins Gesicht: es lebe der Sozialismus, es leben die freien Gewerkschaften.

Zahlreiche Verhaftungen wurden durchgeführt. Eben jetzt erhalten wir die Nachricht, daß die Polizei über Auftrag der Regierung den Genossen Massarenti, den früheren Führer der sozialistischen Organisation von Molinella, in Rom verhaftet hat.

Wieder ein faschistischer Mord

Die faschistischen Gewalttaten haben noch kein Ende gefunden. In Castelgoffredo, einem kleinen Dorf in der Provinz Mantua,

wurde der fünfzigjährige katholische Lehrer Anselmo Cessi von den Augen seiner Frau und seiner Kinder von drei Faschisten durch Schüsse mit einem Knüttel und Revolverkugeln ermordet. Der Grund hierfür lag darin, daß der Lehrer der Führer der katholischen Jugendbewegung (boy scouts) war, die der Entfaltung der konkurrierenden faschistischen Jugendorganisation (battila) hinderlich im Wege steht.

Dieser brutale Mord hat in den katholischen Kreisen und auch in der öffentlichen Meinung große Erregung hervorgerufen, obwohl die Zeitungen eine vollkommen gefälschte Darstellung des Sachverhalts gegeben haben.

Ein Komplott, das nicht zu entdecken ist

Die Suche nach dem Komplott, das das Attentat gegen Mussolini vorbereitet haben soll, macht keine Fortschritte. Der Anarchist Lucetti bleibt dabei, daß er der einzige Schuldige ist und nimmt alle Verantwortung auf sich. Das hindert die Polizei natürlich nicht, eine Kamenge Verhaftungen durchzuführen. Weit entfernt davon, damit zufriedengestellt zu sein, verlangte die Faschisten noch mehr. In einer Rede in Brescia verlangte der Generalsekretär der faschistischen Partei A. Tuzi neue reaktionäre Maßnahmen gegen die Opposition im allgemeinen und gegen die Sozialisten im besonderen. Er erklärte, daß die Todesstrafe, deren Einführung das faschistische Parlament in der kommenden Woche beschließen wird, für den Schutz des Regimes und seines Führers unzureichend sei und forderte das Recht, jedweden aufhängen zu dürfen, der auf frischer Tat gegen das Regime erfaßt wird. Gleichzeitig wird mitgeteilt, daß der Innenminister die Reform der Polizei einem Studium unterzieht und disziplinäre Maßnahmen gegen die Kerkermeister des römischen Gefängnisses ergreifen hat, die sich nach der Meinung der Faschisten dadurch schuldig gemacht haben, daß sie gegen die politischen Gefangenen nicht mit genügend Brutalität vorgegangen. Es sei hierzu festzustellen, daß es in den italienischen Gefängnissen keine Sonderbestimmungen für politische Gefangene gibt.

Die Verhaftung des Mörders Matteotti in Rom

Die Nachricht, daß die Polizei von Rom Dumini, den Mordmörder Matteotti, den Mussolini gedungen hatte, verhaftete, hat überall lebhafteste Bewegung hervorgerufen. Der Grund für die Verhaftung lag darin, daß Dumini sich in aller Öffentlichkeit darüber befragte, er hätte nicht all das, was man ihm für sein Schweigen im Prozeß von Chieti versprochen hatte, erhalten. Dumini wurde anfänglich einer Auseinandersetzung mit dem faschistischen Journalisten Suderi verhaftet, während der er den „Duce“ mit Worten wie „Räuber“ und „Mörder“ bezeichnete. Selberständig wird es keinen Prozeß geben. So etwas erledigt man mit Gelb.

Die Wirtschaftskrise

Die nahende Wirtschaftskrise hat ihre Vorzeichen. Die vergangene Woche hat an der Börse zahlreiche Krachs gebracht, in Mailand, Turin und Genua erfolgten Zusammenbrüche mit Beträgen in der Höhe von vielen Millionen. Auf der andern Seite steigen die Lebenskosten unablässig und die Lage der Arbeiter verschlechtert sich von Tag zu Tag. So ist es erklärlich, daß trotz der Diktatur und des Gesetzes, das den Streik als ein Verbrechen bezeichnet, ein Streik der Metallarbeiter in Novara und ein Streik der Buchdrucker in Udine zwecks Lohnverbesserungen zu verzeichnen sind.

Rohlennot in Frankreich

Infolge des englischen Streiks

Die Wirkungen des englischen Kohlenstreiks beginnen sich in Frankreich in wachsendem Ausmaß fühlbar zu machen. Frankreich, dessen jährlicher Verbrauch von ungefähr 50 Millionen Tonnen nur 47 Millionen Eigenförderung gegenübersteht, die allerdings durch die Produktion des Saargebietes auf rund 60 Millionen Tonnen erhöht werden, hat im Durchschnitt in den letzten Jahren etwa 18 Millionen Tonnen aus England eingeführt. Der monatliche Ausfall beträgt danach etwa 1,5 Millionen Tonnen. Bisher hat Frankreich in der Hoffnung auf eine baldige Besserung des Streiks von seinen aufgehäuften Vorräten gelebt, die aber nunmehr zur Neige gehen. Durch die völlige Kälte der Lager ist die Winterversorgung außerordentlich schwierig geworden. Dazu kommt, daß Belgien und Deutschland die Preise für Exportkohle um 25 bis 40 Prozent erhöht haben und der französische Handel die Notlage des Marktes in spekulativer Weise auszunutzen sucht. In einigen Industriezweigen herrscht bereits Kohlenmangel; die Belieferung von Privathaushaltungen läuft ebenfalls auf wachsende Schwierigkeiten. Unter diesen Umständen hat der Beschluß der englischen Bergleute, den Streik fortzusetzen, auch hier fürste Besorgnis hervorgerufen.

Das Spiel mit der Puppe

Roman von Max Barthel

(Fortsetzung)

Thomas las gierig die alten Räubergeschichten und war ganz erfüllt von dem Glanz ferner Länder und großer Abenteuer. Manchmal wurde er auch traurig. Da ging er nach dem Fluß, warf sich in die grüne Böhmgang und starrte nach dem andern Ufer. Wenn an den schweremühtigen Ufern aus keinem Gebirgsbau Rauch aufstieg, haßte er die kleinen Häuser. Warum fliehen? dachte er. Am besten wäre es, in der Nacht das entweichende Haus anzuzünden und in das grelle Gefäch der Flüchtlinge laut zu lachen.

Einmal, als er wieder nach dem Fluß wollte, sah er am Wald Herrn Spalteholz in einem Wagen vorüberfahren. Spalteholz kam von den zerrütteten Hausruinen der Dorfstadtstraße, die er angekauft hatte und dachte an den Neubau. Da traf ihn ein Stein. Den Stein hatte Thomas geworfen. Der Knabe sprang blitzschnell und klopfenden Herzens in den Wald. Spalteholz schrie auf und hielt jammernd die rechte Hand. Die Pferde wurden unruhig, rasteten, als die Fügel fließen, wild davon und wurden endlich von einem Schußmann aufgehalten. Thomas sah das alles, sah auch, wie Spalteholz mit der linken Hand nach dem Wald zeigte. Da floh der Knabe in die dunkelsten Gebüsch. Er lag unter einem Hollunderstrauch und hörte den Schußmann ärgert im Wald herumsuchen. Plötzlich sah er durch das Dunkel seines Versteckes noch einmal den winternden Mann, den neuen Baumeister sah seine gemeine Angst und begriff nicht, warum der Vater nicht mit gewaltigen Steinwürfen seinen Peiniger verjagt hatte.

Der Vater hatte anderes zu tun. Als die Mutter ein Jahr tot war, heiratete er noch einmal. Die neue Mutter brachte ein Mädchen mit in die Ehe. Als sie merkte, daß sie von dem neuen Mann kein Kind mehr bekommen würde, warf sie auf Thomas einen leidenschaftlichen Haß. Die Frau war breit und fett. Sie erfüllte die kleine Wohnung mit ihrem Lärm und vertrieb den schwachen Schatten der Mutter, der manchmal noch durch die Stuben huschte. Das Mädchen, die neue Schwester, hieß Anna und quälte Thomas mit der äffischen Bosheit des bevorzugten Kindes. Der Vater kümmerte sich wenig um seinen Sohn. Er mußte wohl viel leiden, denn er trank immer mehr. Er arbeitete auch nicht mehr. Er war schwindsüchtig und spuckte Blut.

Der Vater spuckte Blut. Die Stiefmutter keifte. Anna verachtete ihn. So mußte Thomas auf. Endlich wurde er erlöst und bekam in einer Gärtnerei Arbeit. Er mußte Ankraut jäten, die Beete decken und begießen und Mist fahren. Das alles war seine Kinderarbeit. Die Knochen schmerzten, das Genick wurde steif, die Arme und Füße waren am Abend schwer und müde. Und dann

die Sonne! Die Sonne fuhr während der Arbeit wie ein feuriger Wagen am Himmel. Ein grausamer Gott stand darin und peitschte die Gärtner und die kleinen Burschen bei der Arbeit mit feurigen Ruten.

Die Blumen wurden begossen, die Beete verdunkelt, doch die kleinen Gärtnerburschen mußten, die Sonne im Gesicht, immer bei der Arbeit bleiben, Ankraut jäten Blumen begießen. Mist fahren. Wenn Thomas über den sommerlich glühenden Beeten lag und das Ankraut jätete, kam er sich vor wie ein unnützes Kraut im Garten des Lebens, das mit graufamen Händen aus der Erde gerissen und entwurzelt wird. Er hatte Mitleid mit sich selbst. In dieser Zeit begannen seine kleinen Selbstgespräche, zu denen er in den Jahren der Kindheit immer flüchtete, wenn ihm elend war.

„Armer kleiner Junge,“ sagte er, als die schwere Karre über das Laufrotz schwankte, „da haben sie dir wieder eine Karre voll Mist aufgeladen! Eine ganze Karre Mist, die Stunde für sechs Pfennige. Armer kleiner Junge!“ und klagte dann weiter die alte Kinderklage im Märchen: „Ach, wenn das die Mutter wüßte!“

Aber die Mutter wußte es nicht, sie war ja tot.

Die Gärtnereiarbeit machte ihn noch trummer, und die dünnen Vermehren waren wie zerrissen. Er war häßlich, wie alle Kinder in den Entwicklungsjahren, die durch schwere Arbeit ausgebeutet werden. Er hatte auch keine laubere Wäsche. Die Kleider waren zehnmal gewaschen und ausgebleicht, ohne heißer zu werden. Der Lehrer in der Schule prügelte die Fabelsprüche in das trockne Gehirn. Die Mitschüler verhöhnten ihn. Da wurde er stumm und seine Kraft bewußt. Die Arbeit hatte seine Musteln eigenartig gemacht. Und mit eiserner Faust schlug er eines Tages den letzten Spätler zu Boden. Zum erstenmal siegte er durch eigene Kraft. Er spürte die Wollust des Sieges.

Das war wie feuriger Honig, süß und stammend, war Weltgefühl, Schöpfergefühl: keine Welt behauptete sich, zog magisch an, ließ gewalttätig ab. Die Freunde des Niederliegenden sahen verwundert auf den Sieger. In den Augen des Unterlegenen bettete ergebene Angst. Dieser Sieg verschaffte Thomas keine Freunde, doch er gab Raumfreiheit und Selbstbewußtsein. Und das war genug.

Als Thomas dreizehn Jahre alt war, wühlte ihn ein andres Erlebnis auf. Der Vater ging oft in den Wald und holte Schwämme. Wenn er gut gelaunt war, durfte Thomas mit. Auf diese Sonntag freute sich der Knabe besonders. Im Wald blühte auch der verwelkte Mann auf, da konnte er lachen und allerlei Geschichten von früher erzählen. An einem solchen Sonntag morgen kam die Stiefmutter im Hemd in das Zimmer, in dem Thomas mit dem Vater sich fertig machte. Die Frau stand gegen das grelle Licht der Lampe und Thomas sah, sein Herz wollte zer springen, den Schattenriß ihres uppigen weißen Leibes durch das Hemd drücken. Er sah auch, daß der Frau ein Schulterband ge-

rißen war. Die runde Brust, eine fürchterliche Kugel, sprang aus dem Hemd und rollte auf den Knaben zu. Das Blut flog, angetrieben vom zaienden Herzen, wie eine Flamme in ihm hoch. Nein, das war nicht die Stiefmutter, die ihn quälte! Die Frau, die vor ihm stand, war ein Weib, und er war ein junger Mann mit männlichen Geßüßen.

Die Frau aber spähte die brennenden Augen des Knaben und sagte, die Brust bedeckend: „Geh weg, dreh dich um, das ist nichts für dich!“ Dabei lästerte sie das Kind an und weidete sich an seinem Entsetzen.

Der Vater machte ein verächtliches Gesicht.

„Komm, mein Sohn,“ sagte er, „wir gehen in den schönen Wald.“ Dabei nahm er, was er sonst nie getan hatte, die Hand des Sohnes und ließ sie den ganzen Weg bis zum Wald nicht los. Einmal wollte der alte Baumeister reden, aber Thomas sagte: „Die Mutter.“ Da schwieg der Vater.

Es war noch frühesten Morgen. Die Sonne stand noch auf der andern Seite, rollte tief in den Tälern hinter den Bergen. Schon schlug ihr Feuerstein in die Welt. Die Dorfstadt schloß noch. Die Berge waren blau versteinert. Der Fluß war dunkel glühend, durch die Stadt. Schon ratterten die Straßenbahnwagen. Dann kam der Tag.

Thomas sah nichts von alledem. Er dachte auch nicht an seine Mutter. Das Wort zum Vater war nur Abwehr gewesen. Er sah nur die halbnackte Frau. Sie lief vor ihm auf dem Wege zum Wald, dann verging sie, wurde lauterfüllt. Die Schwämme wurden zu Brüsten, kleinen weißen ziegelroten Brüsten, braunen und lichtgelben Brüsten. Auch die Wollen ballten sich zu Urwildweiberbüsten, die trüchtig nach der Erde drängten. Selbst die Berge waren steile, harte Brüste.

Der Knabe schauerle.

Er ahnte die Verjüngung ferner Seligkeiten. Er freute sich, das er ein Mann wurde.

Das Bild der Frau wurde bald vom Mistag verjagt. Neue, große Probleme kamen. Da war Gott. Im Gott glaubte Thomas nicht mehr. Die Stiefmutter war eine gläubige Frau. Sie glaubte. Sie war feige und brutal, und hatte weil sie schwach war, große Angst. Thomas, der ein aufnahmehereites Hirn hatte, mußte oft der Stiefmutter die Bibeltexte auflesen. Sein Herz war dabei unbeteiligt. Das Geheimnis eines persönlichen Gottes begriff er nicht.

Wenn es einen Gott gibt, dachte er, so muß er ein grausamer Gott sein. Er hatte die Eltern aus dem Haus vertrieben, die Mutter früh sterben und den Vater verberben lassen, er war bei den Reichen und Vornehmen, er war bei Herrn Spalteholz und Jahr achtspannig durch die Stadt. Vielesicht war er selbst Herr Spalteholz.

(Fortsetzung folgt)

* Agis-Verlag, Wien VII. 1926.

Freistaat Lübeck

Montag, 11. Oktober

Der Ofen

Es wird kalt, sagte meine Frau vor einigen Tagen zu mir. Ja, sagte ich. Es wird wirklich kalt, wiederholte sie und es klang wie ein Vorwurf. Es wird eben Winter, was soll man da tun? Einen Ofen kaufen. Nur immer gekauft, wenn du Geld hast, dachte ich. Laut aber sagte ich zu ihr: Gut, gehen wir also einen Ofen kaufen. Wir können uns ja erst mal einen ansehen, meinte sie dann. Wir sahen uns also einen an. Was man so „einen“ nennt. In Wirklichkeit sahen wir uns einige hundert an. Unglaublich, was sich alles unter dem Namen Ofen verbirgt. Der erste Ofen, den wir sahen, war ein schöner Kaminofen. Marmorplatten, Messingbeschlag und so. Er gefiel mir, aber er kostete 220 Mark. Kurzbar billig, fand meine Frau. Er ist sehr billig, sagte ich darauf zu ihr, aber ich glaube, er paßt nicht zu unsern Möbeln. O, das ist schade, jammerte meine Frau, aber sie gab mir recht. Im nächsten Geschäft gefiel ihr ein echt amerikanischer Patentofen in grüner Majolika, der nur 120 Mark kosten sollte. Das waren schon 100 Mark weniger, aber immer noch 100 Mark mehr als ich trotz sorgfältigster Berechnung meiner Barschaft zugänglich. Ausstände und Ausflüchte auf Vorstoß aufbringen konnte. Als darum meine Frau in der Schilderung der Vorzüge dieses unerreichbar guten Ofens einmal eine Pause machte, erlaubte ich mir, sie darauf aufmerksam zu machen, daß man in diesen Ofen nur die teuren Anthrazitkohlen brennen kann. Ja, die heißen aber auch besser. Gut, sie heißen besser. Aber wenn nun die Zechenbesitzer eine Anthrazitgrube nach der andern stillsetzen, weil sie ihnen nicht rentabel genug erscheint, willst du dann im Kalten sitzen? Nur den Kohlenherren zuliebe? Nein, das wollte ich nicht. Laß uns weiter sehen, meinte sie dann. Und wir sahen weiter. Und weiter. Zuletzt gingen wir, das heißt, ich ging und sie folgte zögernd. In einen Laden und ließen uns einen Ofen zu 20 Mark zeigen. Ein anderer war ja von Anfang an nicht in Frage gekommen. aber man muß dem Zugunbedürfnis der Frauen immer etwas entgegenkommen. Ein vorzüglicher „German“ lobte der Verkäufer den Ofen, billig, sparjam im Gebrauch und leicht in Höhe zu bringen. Das war, was wir suchten, und ich kaufte den Ofen. Mußt ja wirklich viel Geld haben, kurrte meine Frau. Wie so? Daß du es einfach auf die Straße wirfst. Oder glaubst du, mit dem Himmelfahrtszylinder kriegst du unsere Stube warm? Und die Kohlen, die der schmelzen wird. Ich hol sie nicht aus dem Keller. Veruhige dich nur, der Ofen ist gut. Es ist doch ein German. Und er war gut! Es war eine Lust, ihn brennen zu sehen. Und wirklich sparjam im Gebrauch. Aber obwohl auch meine Frau zufrieden war und sich innerlich darüber freute, daß wir so billig davon gekommen waren, eines ging ihr nicht aus dem Kopf. Er sieht aber doch nach nichts aus. Da hatte sie recht, wenigstens nach nichts Besonderem sah er aus. Aber das ist doch immer so. Auch bei den Menschen. Die unscheinbaren Leute sind die fleißigsten Arbeiter und brauchen

nur sehr wenig für sich. Die man jedoch die Feinen nennt, die Dicken und Großkopfen, brauchen, nur um im Gange zu bleiben, mehr als die bescheidenen, um Höchstleistungen zu erzielen. Dann sollte man sie aber doch einfach abschaffen, meinte meine Frau. Da ich nicht wußte, ob sie jetzt die Ofen oder sonstigen meinte, ließ ich die Unterhaltung für diesmal ausgehen. E g r !

Buchhandel und Stadtbibliothek

Eine Adresse des Börsenvereins

Der Börsenverein der Deutschen Buchhändler überreichte dem Direktor der Lübecker Stadtbibliothek bei der Einweihungsfeier ihres Neubaus durch den Geh. Kommerzienrat Dr. h. c. Siegelmund folgende künstlerisch ausgestattete Adresse: Am heutigen Fest- und Ehrentage der altbewährten Bibliothek der freien und Hansestadt Lübeck, die heute den künftigen ihr als Heim dienenden würdigen Neubau einweihet, nimmt auch der deutsche Buchhandel freudigen Anteil. Der Börsenverein der Deutschen Buchhändler als Spitzenvertretung des gesamten deutschen Buchhandels spricht der Bibliotheksverwaltung die herzlichsten Glückwünsche des deutschen Buchhandels aus. Naturgemäß verbinden den Buchhandel als Verbreiter und die Bibliothek als die Sammelstelle der deutschen Geistesgüter von jeher engste Beziehungen. Mit besonderer Freude kann aber leitens des unterzeichneten Vorstandes das besonders herzliche Zusammenarbeiten der Verwaltung der Stadtbibliothek und des Lübecker Buchhandels hervorgehoben werden. Höchste Anerkennung verdient das allseitig vorbildliche verdienstvolle und nicht zuletzt dem Buchhandel zum Nutzen gereichende Wirken der Bibliotheksverwaltung zur Förderung des Bibliothekswesens und damit des geistigen Lebens der Stadt Lübeck, wobei insbesondere auf die Gründung der zahlreichen Landeswunderbibliotheken hinzuweisen ist. Möge sich die altbewährte Lübecker Stadtbibliothek auch in ihrem neuen Heim weiterhin erfolgreich zum Segen der Stadt Lübeck entwickeln und möge sie in aller Zukunft wie bisher eine würdige Pflanz- und Pflegestätte deutschen Geistes und deutscher Bildung bleiben. Leipzig, den 26. September 1926

Der Vorstand des Börsenvereins der Deutschen Buchhändler zu Leipzig.

Die neue Welt-Telegraphen-Ordnung

Ab 1. November

Am 1. November 1926 tritt die im Herbst 1925 von der Welttelegraphenkonferenz in Paris beschlossene neue Vollzugsordnung zum Welttelegraphenvertrag in Kraft. In wichtigeren Änderungen gegenüber den jetzigen Vorschriften für Telegramme nach dem Ausland sind zu erwähnen:

Zu vervielfältigende Telegramme heißen künftig Mehrfach-telegramme, Leberseetelegramme zu halber Gebühr dagegen zurückgestellte Telegramme.

Bank- und ähnliche Telegramme in offener Sprache dürfen am Anfang des Textes ein verabredetes Kennwort enthalten, ohne daß sie die Eigenschaft von Telegrammen in offener Sprache verlieren. Esperanto ist für Telegramme in offener Sprache allgemein zugelassen.

Als Ersatz der Wohnungsangabe in Telegrammen ist der Fernsprechanruf oder die Postschlüsselnummer des Empfängers zugelassen. Bei Mehrfachtelegrammen müssen die Zustellangaben (Börse, Markt usw.) hinter den Namen jedes Empfängers gesetzt werden. Telegramme ohne Text sind nicht mehr zugelassen. Bei zurückgestellten Telegrammen dürfen Zahlen, Handelszeichen oder abgekürzte Ausdrücke über ein Drittel des Textes nicht hinausgehen.

Bei Verzögerung im Leberseeverkehr werden künftig die Gebühren schon dann erlassen, wenn die Laufzeit mehr als zweimal 24 Stunden betragen hat. Bei Entstellungen wird nur noch die Gebühr für den Telegrammenteil erlassen, der durch die Entstellung seinen Zweck verfehlt hat. Die Frist für die Anmeldung von Erstattungsansprüchen ist von fünf auf sechs Monate hinaufgesetzt worden.

Für drastisch zu befördernde Telegramme ist die gebührenfreie Wegangabe „fr“ eingeführt, für die zu funktionierende die Angabe „anten“. Unter Umständen können Telegramme auch mit der Luftpost befördert werden.

Bei Telegrammen mit bezahlter Antwort im Auslandsverkehr zeigt der K.B.-Vermerk nicht mehr die Zahl der vorausbezahlten Wörter an, sondern den vorausbezahlten Beitrag in Goldmarken, z. B. K.B. 3.00. Vorausbezahlte dringende Antworten fallen daher weg. Nicht voll ausgenutzte K.B.-Beiträge werden nur auf Antrag und nur dann erlassen, wenn der Unterchied mindestens zwei Goldmarken ausmacht. Die Gültigkeit der Antwortscheine ist von sechs Wochen auf sechs Monate erhöht.

Die Bestimmungen über den Fernsprechtsdienst sind vielfach geändert und ergänzt worden. Insbesondere ist zu erwähnen: Monatsgespräche während der Tagesstunden zur dreifachen Gebühr können zwischen den einzelnen Ländern vereinbart werden.

— Dauert ein Gespräch länger als drei Minuten, so wird, abgesehen vom Grenzverkehr, die überschüssige Zeit nur nach einzelnen Minuten berechnet. — Bei Abrechnung eines Gesprächs werden drei Minuten in Rechnung gestellt. — Für V- und X-Gespräche wird eine Zuschlaggebühr in Höhe von 1/2 der Gebühr für ein gewöhnliches Dreiminutengespräch (mindestens 0,50 Frank) erhoben.

Für den innerdeutschen Verkehr ist am 30. Juni 1926 eine neue Telegraphenordnung erlassen worden, die ebenfalls am 1. November in Kraft tritt. (Mitteilungen der Handelskammer.)

Herbstwetter. Das war ein ungemütliches Leben draußen. Ganz anders als vor wenigen Tagen, wo noch lindere Lüfte wehten und die Sonne grüzte. Nun heulen die Stürme mit unheimlicher Macht, Regen- und Hagelschauer prasseln hernieder und künden den Einzug des Herbstes endgültig an. Der Sturm packt nun das Letzte an, schüttelt das Obst von den Bäumen und faucht zwischen die Baumkronen, die sich ihres Blätter-schmuckes allmählich entledigen. In den letzten Nächten rüttelte er aber auch an allem anderen, nicht Niet- und Nagelstücken, der Sturm peitschte das Wasser aus dem Kanal, so daß dieser stellenweise fast trocken lag. Manche Dachpfanne fiel seinem unbändigen Getöse zum Opfer, Baumgeäst wurde haufenweise heruntergeworfen. Es gab für einige Sammler Extrajahren auf dem Blockwagen. Das können gar viele brauchen, die vom Mißgeschick verfolgt, immer vergeblich nach Arbeit und Verdienst Umschau halten. Es sind schlimme Zeiten mit trüben Ausichten auf den Winter. Wir dürfen uns aber nicht unterkriegen lassen; das wäre verfehlt und würde doch nichts nützen. Wie das Unfreundliche in der Natur nur vorübergehend ist, so wird es auch mit dem Lebens-mißgeschick sein. Der Lebens- und Lustigwille muß immer die Oberhand behalten, dann wird auch der Mut nicht mangeln, für die Beseitigung des Unzulänglichen dieser Welt zu kämpfen. Und das wollen wir doch alle.

Achtung, Gewerkschaftsmitglieder!

Genosse Emil Kröning Cannstatt spricht am Dienstag, dem 12. Oktober, abends 8 Uhr, im großen Saal des Gewerkschaftshauses über:

„Der Kampf um das Glück der Ehe“

Nähere Mitteilungen erfolgen durch Flugblätter und Anzeigen

Erscheint in Massen!

Der Vorstand des NDB., Ortsausschuß Lübeck

Immer noch Polizei!

(Berliner Brief unseres Korrespondenten.)

Es ist, wie wenn ein regelrechtes „Polizei-fieber“ über Berlin hinwegbrausen läte: Überall Polizei — Polizei — Polizei! Gehst du ins Theater, ertönt die Klammertonnen: „Polizei!“ Auf dem Sportplatz: „Polizei!“ Auf der Straße: „Polizei!“ In dem Landtag: „Polizei!“ In dem Kino: „Polizei!“ Im Staatlichen Schauspielhaus wird mit viel Grazie und Raffinesse Herbert Eulenbergers Schwan „Die beste Polizei“ gegeben. Im Hof-Palast am Zoo der offizielle Polizei-Werbefilm „Sein großer Fall!“ Im „Piccadilly“ rollt „Das Geheimnis von St. Pauli, ein Mysterium aus dem Hafenviertel Hamburgs“, schaurig schön über die Leinwand. Das Doppelleben eines Hamburger Kaufmanns zwischen Reeperbahn und Alsterluft wird hier verarztet: Schlag 10 Uhr abends erhebt sich der reiche Konjunkt, verzerrt das Gesicht und wird plötzlich ein „Louis“ schimmiger Qualität. In St. Pauli droffelt er Mädchen. Morgens kehrt er heim mit verschämtem Kragen, wäscht sich und mimt im Schoß seiner ehrbaren Familie wieder den Gentleman. Einen richtigen Kriminalkommissar hat der Film „Kellerkavalier“ in der Schauburg zum Verfasser. Er erscheint selbst zu Beginn jeder Vorstellung auf der Bühne und versichert mit ein paar launigen Worten, daß die Geschichte, die jetzt vorüberrollt, nicht etwa „gedichtet“ ist, sondern sich akkurat so zugetragen hat, wie es die Leinwand erzählt!

Bedächtig die „Mja-Wochenschau“, die offensichtlich von ein paar abgetakelten Offizieren gedreht und geschritten wird, ignoriert nach Möglichkeit die unangenehme preussische Polizei. Mit dem jugendlichen Titel „Es waren zwei Königskinder“ werden ein paar gänzlich belanglose Bilder von irgend einer hochgeborenen Hof-Verlobung in die Länge gezogen, während die Aufnahmen von der Polizei-Ausstellung eigenartigerweise so gegliedert sind, daß der preussische Innenminister zufällig nirgends zu sehen ist!

Daß unser so empfindsames Großstadtpublikum auf diese Haufe der Polizei mit einer entsprechenden Haufe der Kriminalität reagiert, liegt auf der Hand.

Ein Handtaschendiebstahl reizt zu einem Duzend anderer an, ein Eisenbahnattentat zu zehn anderen und ein Juwelentraub zum nächsten Raubfall, durch den bedauerlicherweise ein Hochzeitspaar in einem Berliner Lusthotel beim süßen Tete a tete vor dem Schlafengehen gestört worden ist! Darüber war der Brautigam allerdings derartig empört, daß er den Mann mit dem anheimelnden Namen Bichorr aus München förmlich die Treppe hinuntergeschossen hat!

Erkenntlicherweise hat sich der preussische Polizeiminister nicht

mit der großen Polizei-Revue in den Ausstellungshallen und auch nicht mit der großen Severing-Parade auf der Alster begnügt, sondern dem Trara der ersten Tage die stille Arbeit der internationalen Polizeikonferenz und der „Preussischen Polizei-Woche“ folgen lassen. Im ehemaligen Herrenhaus unter den vergipften und gestülpten Hohlkugeln fanden sich die Männer der internationalen Verbrechensbekämpfung zusammen und während die Föderation und Wilhelm's neugierig aus ihren Kaminen und Nischen guckten, entrollten die Redner aller Nationen mit temperamentvollen Extrajahren das Glendebild der internationalen Kriminalität mit ihren Unterströmungen, der sozialen Not. Der Typ des im Panzerkraftwagen gestählten amerikanischen Muskelmenschen aus Chicago lag neben dem gemüthlichen Oesterreicher Dr. Schöber mit dem Professorenzwieser über den lebenswürdigen Augen und der geschmeidige Franzose Deschanel mit den schmalen, ewig in Bewegung befindlichen Händen neben dem Berliner Kriminaldirektor Dr. Weiß mit seiner Hornbrille über den energischen Jüger. Der Polizeiberuf trägt ja in sich ein starkes Stück Internationalität, daß man sich einen gewiegten Kriminalisten, der an der französischen Grenze umkehrt, weil ihm die persönliche Berührung mit dem „Grenzfeind“ körperliches Unbehagen verursacht und lieber den Verbrecher fahren läßt, als auf die Spur seines Mandanten zu bleiben, einfach nicht vorstellen kann.

So ist es gar kein Wunder, daß innerhalb dieses Gremiums internationaler Kriminalisten, die meist die großen Weltsprachen bis auf seine Nuancen fließend zu sprechen pflegen, eine Kollaboration herrscht, die wie ein belebendes Studium über der Besammlung liegt. Ein Franzose spricht über den Verbrechen: „Ich weiß, meine Herren, bei Ihnen in Deutschland hat man noch eine ganz kleine Nebenbedeutung für dieses schroffe Wort von „Verbrechen“ — o bitte, auch bei uns ist man keine Verächter von dieser Verbrechen!“ Eine frühliche Lachsalbe braust durch das frocksteite altpreussische Herrenhaus!

Während die weltgerichten Kriminalisten in der Leipzigerstraße tagen, versammelt sich die vom preussischen Innenminister und der „Verwaltungsakademie“ anlässlich der „Polizeiausstellung“ einberufene „Preussische Polizei-Woche“ im „Auditorium maximum“ der Universität. Hier wird praktische Republikanisierung der Verwaltung getrieben, nicht mit schönen Worten, sondern durch zähe Arbeit der Fernenden, durch die Tat. Keugierig betrachten sich die Studenten die alten Kommissare und die verhaunenen Landgendarmariebeamten, die sich, gemischt mit Offizieren, Unteroffizieren und Regierungsräten des alten Regimes zu den Vorlesungen begeben. Da sitzen hier, 800 Mann stark, zu Füßen des Rednerpultes, von dem aus Abegg über Polizeipraxis, Drigalski über Polizei-Hygiene, Ebermayer über Strafrecht, Staatssekretär Hirsch über Verwaltung und Wirtschaft, Weiß

über Kriminalistik, Dr. Simons über Staatsrecht liest. Alle Kommissare mit mächtigen Schnauzbärten in den Gesichtern sitzen neben geschmeidigen Schupo-Offizieren und jungen Referendaren mit der zerhaften Bude, alle vereint von dem Wunsch, im freien Ringen dem Tüchtigen den Aufstieg freizugehen. Während der Trubel der Weltstadt durch die Ausstellungshallen braust, wird hier geschäftet und gewerzt von jungen und alten Köpfen und den Körpern und Burshenshaften, die sonst so gern über die nicht ganz ebenbürtigen Kommissionen die Rede rumpfen, betrachten sich sinnend dieses Bild, diesen kurzen Auschnitt aus der Kampfbahn des Proletariats um seinen Staat.

Draußen sieht Rommensen, mit einem Haarjoch wie der alte Häfeler auf seinem feineren Sessel und Humboldt, mit einer mächtigen Schramme über den Schädels, dreht neugierig von seinem Sofa den Kopf nach dem „Auditorium maximum“. Der Föderation zögelt seinen Gaul unter den Linden und der ruhende Krieger am Raschewurdenmal „Victi invictis victuri!“ hebt den verheulenen Schädels und horcht auf den Rhythmus dieser eigenartigen Kollegiums, in dem der im Dienst ergrautete Polizei neben dem Präses der Saroborussen die Grandlinien des Staatsrechts zu hören bekommt.

Im Zug der Friedrichstraße und „Unter den Linden“ aber donnert ungehemmt durch staatsrechtliche und verkehrstechnische Theorien der Weltstadtverkehr über den Asphalt hinweg. Wie eine riesige Schnur reihen sich die Lampen aneinander und flammen ihr „Gelb“ auf. Es spannen sich die Fäden um die Steuerräder wie vor dem Start zum Rennen; es krümmen sich die Rücken und dann „Grün!“ Die Kolonne braust los, Wagen an Wagen, einige Motorräder und ganz selten mehr ein Pferd-gepöhl dazwischen, krachend und pfeifend, wie das wilde Heer. In dreißig Sekunden zieht das „Rot“ durch die Lampenreihe und mit einem Ruck steht die Front! Sie und da einige ermahrende Worte des Verkehrspolizisten! Aber sonst geht das Getriebe dieses riesigen Räderwerks weiter wie im Kettenglied einer gewaltigen Fabrik! Mein Gott, wie mag da einem Wiesbadener Landtagsabgeordneten zumute sein, etwa dem Herrn Fischer, den Ludwig Thoma so schön gemalt hat. Dem steht doch der Verkehr vor so viel „Verkehr“ still! Dem „bleibt die Stube weg!“ Der verläßt fluchtartig das Lokal!

In allen Straßenecken aber diskutiert man den Abschied des Polizeiministers. „Le roi est mort, vive le roi!“ jagt die hauptstädtische Presse und plädiert bereits beim „neuen Herrn“ für die Verlängerung der Polizeistunde. „Minister gehen und kommen — es lebe das Geschäft!“ Das Reichsbanner aber entzündet i. echter Trauer um den schiedenden Kameraden am Gendarmenmarkt die Fackel und ruft ihm aus übermüdeten Hosen: den Abschiedsgruß nach. „Es lebe Severing!“

Hermann Schäffinger.

Lübecker
Sport- und Bekleidungshaus
Breite Straße 83 Adolf Hinrichsen Breite Straße 83

Neueröffnung

heute Montag, den 11. Oktober, vorm. 10 Uhr
in den ehemaligen, gänzlich renovierten, ca. 200 qm großen Räumen der Firma Ludwig Wendt.

Durch den vollständigen und äußerst günstigen Neueinkauf unseres gesamten Warenlagers sind wir in der Lage, nur gute Qualitäten in modernster Ausführung zu den billigsten, zeitgemäßen Preisen zu liefern.

Das fachkundige Personal aus ersten Lübecker und Hamburger Häusern ist angewiesen, sämtliche Waren zur Besichtigung ohne Kaufzwang vorzulegen.

Eröffnungsangebote:

Herren-Sportanzüge
Steilg., mit Breeches oder Knickb., Donegal, Gabardine und Cord 58.50 42.— **36.75**
Blauer Jachtklubanzug prima Kammgarn, Cheviot **108.—**
Knaben-Sportanzüge 32.— 27.50 **25.50**
Herren-Ulster u. Schüpfel 68.— 54.50 **42.50**

Gummi-Mäntel
Herren-Gummi-Mäntel in Körper, Ulsterstoff und Kaschmir 36.— 25.50 **19.75**
Damen-Gummi-Mäntel gestreift Covercoat und Kaschmir 37.50 32.— **24.75**
Knaben-Gummi-Mäntel 18.75 **14.85**

Loden-Bekleidung
H'Lodenjoppen a. Plaidfutter 26.50 23.50 **17.85**
Knaben-Lodenjoppen 21.75 18.85 **13.85**
Herren-Loden-Mäntel 42.— 32.50 **25.50**
Herren-Loden-Anzüge mit Breeches oder langer Hose 58.50 **54.—**
Damen-Loden-Mäntel 34.— **28.75**

In Loden-Bekleidung führen wir erprobte Münchener Fabrikate

Herren-Breeches
in Donegal, Cord, Manchester . 18.50 18.50 **8.75**
Knaben-Breeches 8.75 7.85 **6.50**

Windjacken
für Herren und Damen in Covercoat, Gabardine, Rips 24.— 14.75 **9.85**
für Kinder 12.— 8.75 **7.50**

Wollwaren
Pullover für Herren u. Damen 18.50 13.50 **9.85**
Strickwesten 19.75 9.75 **6.85**
Pullover u. Westen für Kinder 6.50 5.50 **3.25**

Neu! Der Aquastella-Mantel für den Übergang, reine englische Schurwolle, im Garn imprägniert, wasserdicht. Neu!

Herren - Sporthemden
Perkal, Zephir, Trikoline 8.75 6.50 **5.90**

Sportstiefel
i. Herren u. Damen, schw. u. braun 26.— 21.— **15.75**

Sport-Mützen und Loden-Hüte
in großer Auswahl

Für Sportvereine

bringen wir Sportartikel und Trikotagen in großer Auswahl
z. B. für Fußball-, Hockey-, Box-, Tennis-, Segel- und Rudersport usw.

Eilt! Die 28. Preussische Klassen-Lotterie

beginnt am 15. u. 16. Oktober 1926
schon diese Woche!!
zur Verlosung und Auszahlung kommen

- 4 x 500 000 Mk.
 - 2 x 300 000 Mk.
 - 2 x 200 000 Mk.
 - 10 x 100 000 Mk.
 - 4 x 75 000 Mk.
 - 14 x 50 000 Mk.
 - 12 x 25 000 Mk.
 - 78 x 10 000 Mk.
 - 166 x 5 000 Mk.
 - 432 x 3 000 Mk.
 - 740 x 2 000 Mk.
 - 1480 x 1 000 Mk.
- und viele Lose für kleinere Gewinne.

Hermann Kerstien
nur Obere Hülfstraße 8
Scheidende 1904, Scheidende Hamburg, 1924.

Empfehle
Roggenbrot pro Ztr. 2.50 RM
Gerstbrot pro Ztr. 1.1.— RM
Roggenbrot pro Ztr. 11.60
Weizenmehl p. Ztr. 7.— RM
Roggenmehl p. Ztr. 7.— RM
Prima Saubere u. Hühnerfutter pro Ztr. 12.60 RM
E. Koch
St. Lorenzmühle
Bei der Lohmühle 3
u. Ziegelstraße 3

Schenk
Bücher zu jedem Fest!

Das Fahrrad
sein Bau, seine Instandhaltung u. Reparaturen
Von Oberingenieur G. A. Krause u. R. Burger
Mit 110 Abbildungen u. einigen Tabellen
Preis 1.40 RM.
Verlag
Lübecker Verlagsanstalt
Johannstraße 46

Kinder-Bettstellen von 14.50 bis 55.—
Große Bettstellen von 12.50 bis 65.—
Bettenhaus
Louis Duve Nachf.
Gr. Burgstr. 32. (2025)

333
4 M. an
585
8 M. an
Garanti-Wecker 4 Mk.
500 Silber — 90 gest.
Alpaka-Bestecke.
H. Schultz, Uhrmacher,
20 Johannisstraße 20

Gardinen
Westphal
Königsstraße

Leier
im Ausschnitt (222)
Schuhwaren
aller Art billig.
Heinr. Beckmann
Reiherstraße 3

Polen- u. Wägen
werden in jed. Größe zu den billigsten Preisen angefertigt
Gebäude Heim
Helt. Spez.-Gesch.
Unterstraße 111/112
b. d. Holtenstr. (2025)

Lehr- u. Lernzettel
Zentral-Hallen Morgen Dienstag (2025)
Groß-Saalstr. 10
la Jagdstr. Eintritt frei

Hochfeine
Äpfel u. Birnen
eingetroffen. (2947)
Verkauf ab Waggon
Hollsteinbrüde

Trockene, allerfeinste gelbe
Industrie-Kartoffeln
vom Sandboden, das Beste, was zu beschaffen.
Ab Waggon Löhnerweg Ztr. 3.80 RM, frei Haus
4 RM in jeder Menge abzugeben. (2937)
Paul Stapelfeldt
Moislinger Allee 33—33 a. — Telefon 1222.

Allgemeiner Deutscher Gewerkschaftsbund
Ortsauskunft Lübeck
Morgen Dienstag, abends 8 Uhr, in unser Vortragabend im „Gewerkschaftshaus“, Gr. Saal:
Populärwissenschaftlicher Vortrag

des Hygienikers Emil Krönig, Stuttgart, über
Kampf um das Glück der Ehe
und einwandfreie Verhütung der Mutterchaft
Aus dem Inhalt des Vortrages: Zum ersten Lebens-, Liebes- und Familienglück! — Jüngling und Jungfrau, ihre hohen Aufgaben! — Schöpfungskraft und Aufwärtsfortpflanzung. — An Stelle der Eügenmoral und jeder Art Verhütungsmethode: Sonniges Wissen und Glück.
Verteidigt das heiligste Volksgut: die Frauenkraft! — Die Aufgaben der Mutterchaft. — Nach einem Kinde mehrjährige Ruhepause. — Die Leiden, hervorgerufen durch jährlich aufeinander folgende Geburten: Operation der Gesundheit und des Lebens der Mütter und der Kinder. — Sinterant in den lebenswichtigsten Organen. — Außerordentlich schmerzende Unterleibsleiden. — Schwere Geburten und Fehlgeburten. — Große Säuglingssterblichkeit. — Verzweiflung und Wahnsinnszustände. — Beide Gatten richten durch schädliche Mittel ihre Nerven- und Lebenskraft zugrunde.
Wir unsere Mitglieder mit ihren Familienangehörigen über 18 Jahre hind einladen. Es gilt die Befreiung von Mutter und Kind und der Ehe aus größtem Manisiam!
Freie Aussprache und Fragenbeantwortung
Eintritt 30 Pfg. (für Erwerbslose 15 Pfg.) zur Deckung der Kosten (2932)

Verband der Lebensmittel- und Getränkearbeiter Deutschlands
Ortsverein Lübeck

Mitglieder-Verammlung
Mittwoch, 13. Oktober
abends 7 Uhr,
im Gewerkschaftshaus
Tagesordnung:
1. Abrechnung vom 3. Quartal.
2. Stiftungsfest.
3. Eingänge.
Das Erscheinen aller Mitglieder ist unbedingt erforderlich. (2919)
Der Vorstand

Verband der Maler
Filiale Lübeck
General-Verammlung
Mittwoch, 13. Oktbr.
abends 7 1/2 Uhr
Tagesordnung:
1. Abrechnung vom 3. Quartal.
2. Verbandsangelegenheiten.
Der Vorstand

Stadttheater Lübeck
Montag, 7.45 Uhr:
Tanzhäuser
Ende 11.25 Uhr
Montag, 8 Uhr:
(Kammerspiele) Die Wächse der Pandora
1. Abom. Vorst.
Dienstag, 8 Uhr:
Gesellschaft
Mittwoch, 8 Uhr:
Stüpfel
Donnerstag, 8 Uhr:
Die ersten Menschen
Ausgabe der Abom. mensikarten und Guldene nachmittags von 3 bis 6 Uhr an der Theaterkasse. (2944)